

# Pulsnitzer Tageblatt

Druck- und Verlagsanstalt: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft, Dresden 21 38, Stro-Konto 148

Wochenblatt

Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Erscheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Sp: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Sp, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp; amlich 1 mm 30 Sp und 24 Sp; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnitz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Treibersdorf, Heimenborn, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 181

Sonnabend, den 4. August 1928

80. Jahrgang

## Das Wichtigste

Zur Zeit findet in Hamburg eine Ausschußtagung des Reichsbundes der deutschen Kutschner statt, zu der sich etwa 200 Abgeordnete der 14 Berufsverbände des Reiches eingefunden haben. Die Verhandlungen, die wichtigsten Berufsfragen gelten, finden im geschlossenen Kreise statt.

Der sechste deutsche Gartenbautag, der vom 3. bis 6. August in Hamburg und Altona abgehalten wird und zu dem zahlreiche Gartenbaureisende aus allen Teilen des Reiches eingetroffen sind, nahm am Freitag mit Sitzungen der Sachverständigen seinen Anfang.

Schiffkreuzer „Berlin“ ist am Donnerstag von den Bandainseln nach Timor (Niederländisch Ostindien) in See gegangen. Er wird am 5. August in Kepong erwartet.

In Fetsland wurde ein russischer Staatsangehöriger, bei dem man über 500 Sprengkörper vorfand, verhaftet.

Die italienischen Flieger Ferrari und del Prete sind Donnerstag früh mit dem Flugzeug „Catercole“ von Natal zum Flug nach Rio de Janeiro gestartet.

Belgische Meldungen behaupten, Italien habe über 100 000 Mann an der südbalcanischen italienischen Grenze konzentriert.

In dem Gebiet um Smyrna und in Smyrna selbst sind nach Meldungen aus Konstantinopel neue starke Erdstöße verspürt worden. Ueber das Ausmaß d. s. hierdurch angerichteten Schadens ist noch nicht bekannt.

Der Verkehrsstreik in Argentinien wurde nach 28 Tagen abgebrochen, jedoch konnte der Telefondienst wegen Beschädigung der Leitungen noch nicht aufgenommen werden.

Der mexikanische Präsident Calles hat erklärt, daß der frühere Handelsminister Morones an der Ermordung Obregons nicht mitschuldig ist.

## Politischer Wochenrückblick.

Die neueste Auswirkung des Dawesplanes. — Statt vorzeitiger Rheinlandräumung neue Zimmungen. — Ausklang der Wiener Sängertage.

Das noch in frischer Erinnerung stehende fürchterliche Eisenbahnunglück im Münchener Hauptbahnhof hat eine schreckensvolle Fortsetzung erfahren: die bayerische Station Dinkelscherben der Strecke Augsburg—Stuttgart—Straßburg wurde am 31. Juli, nachmittags 4 Uhr, Schauplatz eines fast noch furchtbareren Trauerspiels: 16 Tote, 10 Schwerverletzte und viele leichter Verletzte. — Gerade die im Anschluß an den Münchener Fall getroffenen Vorbeugungsmaßnahmen wirkten so unheilvoll. Die Weichen- und Signalfstellung wurde umgebaut und geschah durch ein Weichenstellwerk, dessen Verschlußelemente offenbar nicht funktionierten, so daß der Unglückszug statt auf das Fahrgleis auf Gleis 4 fuhr und nun mit dem dort haltenden Güterzug den ungeheuer wirkenden Zusammenstoß hatte.

Kritik ist immer billig, doch wird man sagen können, daß es auch in diesem Falle nichts nützt, wenn der Weichensteller als Sündenbock in die Büste geschickt wird. Der Fluß des Dawesabkommens lastet eben doch über allem! Man hat — zumal in Bayern — nicht die Summen für die Erneuerungsarbeiten an den Gleisanlagen auswerfen können, die nötig waren; mit Befremden hörten wir, daß noch Tausende von Kilometern nicht überholt sind. Es ist Sache der Reichsbahnverwaltung, hier andere Praktiken einzuführen, und so wollen wir die ersten Worte des Generaldirektors der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, gelegentlich dieses letzten Anblicks, deuten! Es wäre unerträglich, wenn den Worten jetzt nicht die Taten folgten — Sicherheit des reisenden deutschen Publikums in erster Linie, — dann erst Herr Parler Gilbert!

Der Teil 14 des Versailler „Vertrages“ vom 16. Juli 1919 enthält „Bürgschaften für die Durchführung dieses Vertrages“, spricht also von Befestigung und Räumung deutschen Landes. Der Zeitpunkt für die vertragliche Räumung der zweiten Zone ist jetzt nach Artikel 429 unter 2 gekommen: Der Ablauf von 10 Jahren ist vorgesehen. Nicht genug, daß Frankreich nicht daran denkt, im Sinne des § 431 des Versailler Dokuments eine frühere Zurückziehung der Besatzungstruppen vorzunehmen, hat es den Anschein, als ob wieder aus der uns rechtlich zustehenden Räumung ein Handelsgeschäft mit finanziellen oder politischen Zugeständnissen für Frankreich gemacht werden soll. Also: „Landgraf, bleibe hart!“ — dies die Mahnung für unsere deutschen Unterhändler, denen es wohl kaum gelingen wird, mit Rücksicht auf die ein Jahr zu spät geschehene Räumung der ersten Zone für die an zweiter Stelle folgende Räumung einen früheren Zeitpunkt, nämlich den 9. Dezember des laufenden Jahres, herauszuarbeiten.

Hilfe von außen können wir bei dieser für uns so schwerwiegenden Frage nicht erwarten. Der sehr ehrenwerte Lloyd George ist für Rheinlandräumung, doch will das wenig beitragen, da der Mann, der augenblicklich das Szepter in Händen hält, der Außenminister Chamberlain, für diese Sache mit britischer Kühle nur die Bemerkung übrig hatte, daß die britische Regierung der vorzeitigen Räumung wohlwollend

## Rügens Verbindung mit dem Festland kommt

Eine große Brücke wird gebaut

Der Reichskanzler gegen Deutschlands Kolonialpolitik

Stettin. Die Frage der Verbindung der Insel Rügen mit dem Festland, die schon seit Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt, ist neuerdings wieder in ein akutes Stadium gerückt. Vor einiger Zeit wurde bereits gemeldet, daß beabsichtigt sei, die Insel Rügen von Stralsund aus durch einen Damm zu verbinden, der an zwei Stellen Öffnungen für die Schifffahrt vorsah. Wie man nunmehr von dem zuständigen Dezernenten der Generaldirektion der Reichsbahn erfährt, ist dieser Plan wieder aufgegeben worden, da man für die Fischerei Schädigungen befürchtete.

Es ist dagegen ein Entwurf im Rohbau ausgearbeitet, der den Bau einer Brücke vorsieht, die von der zweiten Kurve der jetzt nach der Fähre führenden Eisenbahngeleise mit Verührung des Dänholm

an seiner Südspitze nach Altenfähre gehen soll. Sie würde einige niedrige Öffnungen für den Verkehr kleiner Schiffe und in der Mitte eine Klappbrücke für die große Schifffahrt erhalten; der Anschluß an die Geleise auf Rügen würde etwas östlich von der jetzigen Stelle liegen. Die Entscheidung für diese Klappbrücke fiel deshalb, weil die noch in Frage kommende Drehbrücke teurer werden und eine große Behinderung sowohl des gesamten Brückenverkehrs wie der Schifffahrt bedeuten würde.

Die bisherigen Verhandlungen lassen erhoffen, daß der Ausführung des Planes selbst keine Schwierigkeiten mehr erwachen werden, sobald die Geldmittel dafür vorhanden sind. Man rechnet mit Gesamtkosten von 19—20 Millionen Mark, wovon zwei Drittel die Reichsbahn und ein Drittel die Interessenten zu tragen hätten, unter denen Preußen, die Provinz Pommern und Stralsund zu verstehen sind. Die Generaldirektion steht dem Plan sehr sympathisch gegenüber und ist bereit, an die Ausführung zu gehen, sobald die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Die Aufstellung eines ausführlichen Entwurfs mit Vornahme der notwendigen Bohrungen usw. werden noch ungefähr ein Jahr in Anspruch nehmen. Der Brückenbau selbst würde etwa zwei bis drei Jahre dauern.

## Der Reichskanzler gegen Deutschlands Kolonialpolitik

Berlin, 3. August. „Der Tag“ schreibt: Reichskanzler Müller hat sich in Beantwortung einer Anfrage: Soll Deutschland Kolonialpolitik treiben? gegen jede aktive Kolonialpolitik ausgesprochen. Entscheidend für diese Ablehnung sind dem Reichskanzler so genannte praktische Erwägungen, in erster Linie der Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft.

Aber diese Begründung ist nicht die einzige gewesen. Auch von der Uebernahme eines Kolonialmandates durch Deutschland will Herr Müller nichts wissen. Deutschland soll sich vielmehr in der Mandatskommission des Völkerbundes der Völker annehmen, um abermals sein Ansehen zu heben. Herr Müller genügt volle Gleichberechtigung für die Angehörigen Deutschlands in den Kolonien und Mandatsgebieten. Hierzu schreibt die Deutsche Kolonialgesellschaft:

Die Erklärung des Reichskanzlers ist von außerordentlicher Tragweite, daß man die Frage stellen muß, wie Herr Müller diese Erklärung abgegeben habe, ob als Vertreter der Politik seiner Partei oder als Vertreter der Politik der Reichsregierung. Wie stelle sich das Kabinett, wie stelle sich der Außenminister zu dieser Erklärung des verantwortlichen Führers der deutschen Politik. Billigt der Reichstag eine Politik der Regierung, die einen endgültigen vollen Verzicht auf die Geltendmachung der deutschen kolonialen Rechtsansprüche und die aus kolonialer Eigenarbeit der deutschen Volkswirtschaft erwachsenden Vorteile bedeutet? Der Reichstag wird sofort nach seinem Zusammentritt im Herbst eine klare Antwort der deutschen Regierung verlangen müssen.

die Selbstbestimmung der Völker ein, im Burgenland, Oesterreichs jüngstem Landesteil, fand der sozialistische Landeshauptmann entschlossene Worte für die großdeutsche Volksgemeinschaft, die im übrigen für die Deutsche Studentenschaft im Besonderen am dem 11. Deutschen Studententage zu Danzig — 28.—31. Juli — ebenfalls gefordert wurde.

## Vertilge und sächsische Angelegenheiten

Ernting

Was war das für ein Zauchgen gewesen in der Natur, als sie geboren wurden, die jungen Getreide- und Grassämlerlein; Sonnenschein, Vergeisterten und fröhlich am Wegrand wandernde Menschen. Die Pflänzlein bekamen ihre Nahrung und spielten mit den lustigen Winden. — Und siehe, bald waren sie so groß geworden, daß ein Kind sich darin verrecken konnte. Und da sahen sie auch, daß unter ihnen fremder Leute Kinder wohnten: die Kornblumen, Feldmohn und Wicken genannt wurden. Es waren allerliebste Gesellschaften mit reizenden bunten Blütenköpfchen, mit denen sie so lustig nickten und winkten. Und noch etwas hatten sie zu Gast: in kleinen festen Nestern piepsten junge Vögelchen. Den ganzen Tag schrien sie nach Futter, und ihre Mütterchen hatten so viel zu tun, den kleinen Nimmersatten die Schnäbel zu stopfen, mit allerlei Insekten. . . .

So wuchs das alles zusammen groß: Getreide, Blumenkraut und die jungen Vögel. Und es war manchmal gar lebendig. Am schönsten aber war es, wenn ein leichter Ostwind über sie hinfuhr und die Sonne schien, dann wurden sie zu recht übermütigen Kindern; des Morgens tranken sie Tau, schwatzten, wippten und ließen sich von den Vögelchen in den Schlaf singen. Gab es aber Regen und Stürme, dann schmiegelten sie sich eng aneinander und lachten, wenn Thor seinen Hammer schwang und unaufhörlich Blitze zuckten, aneinander Schutz und Stütze. So teilten sie Leid und Freude getreulich. Und das Getreide wurde groß und schwer, von Körnern reif — und die Blümchen verloren ihre Blüten-